

---

Sendesperrfrist: 13. Dezember 2006, 19:00 Uhr MEZ

**Professor Dr. Axel A. Weber**  
Präsident  
der Deutschen Bundesbank

**Europäische Geldpolitik: Grundzüge und aktuelle  
Herausforderungen**

Rede vor dem Wirtschaftsforum Hamburg e.V.  
in Hamburg  
am Mittwoch, 13. Dezember 2006

– Es gilt das gesprochene Wort –

Seite 1 von 17

1	Begrüßung .....	2
2	Acht Jahre Euro: eine Erfolgsgeschichte .....	2
3	Zutaten des Erfolgsrezepts .....	6
4	Die geldpolitische Strategie des Eurosystems und die aktuelle geld- politische Situation im Euroraum .....	9
5	Blick auf Deutschland .....	14

## 1 Begrüßung

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich, heute hier bei Ihnen in Hamburg sein zu können und die vielseitige Veranstaltungsreihe des Wirtschaftsforums Hamburg fortsetzen zu dürfen. Europäische Geldpolitik ist das Thema meines Vortrages und ich möchte die Gelegenheit nutzen, etwas zum grundsätzlichen Verständnis der europäischen Geldpolitik beizutragen, aber auch einige Anmerkungen zur aktuellen geldpolitischen Situation machen. Zum Abschluss möchte ich noch einen kurzen Blick auf die wirtschaftliche Lage in Deutschland werfen.

## 2 Acht Jahre Euro: eine Erfolgsgeschichte

In gut zwei Wochen jährt sich zum achten Mal die Einführung des Euro. Wenn ich nun nach knapp acht Jahren Erfahrung mit der europäischen Gemeinschaftswährung ein Zwischenfazit ziehen sollte, ich würde von einer Erfolgsgeschichte sprechen.

Der ökonomische Erfolg der Gemeinschaftswährung lässt sich mit folgendem Dreiklang zusammenfassen:

- 1) Der Euro ist eine stabile Währung.
- 2) Der Euro hat den innereuropäischen Handel befördert.
- 3) Der Euro hat das Zusammenwachsen der europäischen Finanzmärkte gefördert.

Ad 1) Der Euro ist eine stabile Währung.

Das zeigt sich an der vergleichsweise niedrigen Verbraucherpreisinflation der letzten Jahre. Zwar lag der Anstieg des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) in sechs der vergangenen sieben Jahre knapp oberhalb der Definition von Preisstabilität im Euro-Raum. Und auch in diesem Jahr wird die Rate im Jahresdurchschnitt voraussichtlich über 2% liegen. Dabei ist aber im Auge zu behalten, dass die Verbraucherpreise in den vergangenen Jahren von teils kräftigen Schocks beeinflusst wurden. Allen voran die kräftigen Ölpreisverteuerungen haben hier Spuren hinterlassen. Rohöl der Sorte Brent kostete Ende 1998 gerade einmal 10 USD das Barrel, im August dieses Jahres, als der Ölpreis seinen vorläufigen Höhepunkt erklommen hatte, kostete das Barrel kurzzeitig über 78 USD.

Dennoch können sich die Ergebnisse des Eurosystems sehen lassen, eine vergleichbare Phase andauernder Preisstabilität hat das heutige Währungsgebiet seit Jahrzehnten nicht erlebt. Selbst in Deutschland lag die durchschnittliche Inflationsrate zwischen 1960 und 1998 über 3%.

Freilich bedarf diese Aussage der ergänzenden Anmerkung, dass die Einführung des Euro in eine Phase weltweit sinkender Inflationsraten fiel – ein Phänomen, das vor allem auf den verschärften Wettbewerb im Zeitalter der Globalisierung zurückzuführen ist, aber auch auf die weltweit zu beobachtende Stärkung der Stabilitätsorientierung der Zentralbanken.

Ad 2) Der Euro hat den innereuropäischen Handel befördert.

Zu den bedeutendsten Vorteilen der Währungsunion zählt der Wegfall von währungsbedingten Transaktionskosten und Wechselkursrisiken beim Handel innerhalb des Währungsgebiets. Zudem hat die einheitliche Währung einen erheblichen Beitrag zu mehr Preistransparenz über nationale Grenzen hinweg geleistet. Der Euro hat dadurch die Rahmenbedingungen für den Handel im europäischen Binnenmarkt verbessert. Und tatsächlich hat der innereuropäische Handel mit der Einführung des Euro einen zusätzlichen Stimulus erhalten.

Schätzungen über das Ausmaß der handelsinduzierenden Wirkungen des Euro innerhalb des Währungsgebiets sind mit der Schwierigkeit sich überlagernder Effekte und mit Unsicherheit verbunden. Dementsprechend unterschiedlich fallen die Ergebnisse ökonomischer Untersuchungen aus. Indes nahezu alle Untersuchungen kommen zu signifikant positiven Werten, wonach der Handel zwischen den Euro-Mitgliedstaaten aufgrund der Währungsunion um wenigstens 5% zugenommen habe.

Ad 3) Der Euro hat das Zusammenwachsen der europäischen Finanzmärkte gefördert.

Neben den positiven Wachstumswirkungen, die eine zunehmende Handelstätigkeit ausübt, ist es vor allem die Integration der Finanzmärkte, die von der Gemeinschaftswährung vorangetrieben wird und die Wachstumsperspektiven verbessert. Mittlerweile lassen sich in allen Segmenten der Finanz- und Kapitalmärkte Integrationsfortschritte beobachten, jedoch nicht in allen Segmenten im gleichen Ausmaß.

Im Prinzip lässt sich feststellen, dass die Integration umso fortgeschrittener ist, je unmittelbarer der Bezug zur gemeinsamen Geldpolitik ist. So ist der Tagesgeldsatz für unbesicherte Ausleihungen auf dem Interbankenmarkt – ein Finanzmarktindikator, der sehr direkt von den Notenbankzinsen abhängt – in allen Euro-Mitgliedstaaten nahezu gleich hoch, der Markt ist also nahezu perfekt integriert. Die Standardabweichung vom Durchschnitt beträgt gerade mal noch 1 Basispunkt, also quasi nichts im Vergleich zu Standardabweichungen im Prozentbereich vor der Währungsunion.

Auch auf den Anleihemärkten lässt sich der Integrationsfortschritt deutlich, wenngleich nicht ganz so umfangreich wie auf dem Geldmarkt, erkennen. Insbesondere bei den Staatsanleihen ist die Standardabweichung der Renditespreads gegenüber den einschlägigen Benchmark-Anleihen von teilweise mehr als 200 Basispunkten Mitte der neunziger Jahre auf wenige Basispunkte zusammengeschrumpft. Auf den Märkten für Unternehmensanleihen ist die Integration noch nicht so weit fortgeschritten wie bei den

Staatsanleihen, jedoch deutlich weiter als auf den Aktienmärkten, wo wir trotz nachlassender Heimatlandpräferenzen weiterhin eher segregierte Märkte haben.

Weiterhin unterentwickelt ist die Integration des europäischen Bankenmarkts. Insbesondere im Retailbereich spielen grenzüberschreitende Bankgeschäfte eine weiterhin so geringe Rolle, dass die Standardabweichungen im Euroraum zum Beispiel bei den Kreditzinsen deutlich höher sind als in den stärker integrierten Marktsegmenten.

### **3 Zutaten des Erfolgsrezepts**

Der Erfolg einer Währung hängt entscheidend vom Vertrauen ab, das die Wirtschaftsakteure in die Währung haben. Nur Vertrauen ermöglicht eine stabile Verankerung der Inflationserwartungen – einem der wertvollsten Assets, über das eine stabilitätsorientierte Geldpolitik verfügen kann.

Was aber sind die entscheidenden Zutaten des Erfolgsrezepts einer erfolgreichen Währung? Drei Dinge sind hier meiner Ansicht nach wesentlich:

- 1) Die Geldpolitik muss unabhängig von der Finanz- und Wirtschaftspolitik agieren können.
- 2) Gleichzeitig müssen Wirtschafts-, Finanz- und Lohnpolitik die Stabilitätsorientierung der Geldpolitik teilen und ergänzen, damit sie ihr Primärziel Preisstabilität gewährleisten kann.

- 3) Und schließlich muss die Zentralbank eine stabilitätsorientierte geldpolitische Strategie formulieren und danach handeln.

Unabhängigkeit wird heute als *conditio sine qua non* einer erfolgreichen Geldpolitik erachtet. Dabei ist es noch gar nicht so lange her, dass Zentralbanken unter erheblichem Staatseinfluss standen. Auch einige Zentralbanken des Eurosystems wurden erst mit der Umsetzung des Maastrichter Vertrages in die Unabhängigkeit entlassen.

Sowohl theoretische als auch empirische Analysen haben immer wieder gezeigt, dass Zentralbankunabhängigkeit der Gewährleistung von Preisstabilität sehr förderlich ist. Und für die globale Disinflation der letzten 15 Jahre ist der Trend zu mehr Zentralbankautonomie sicherlich in erheblichem Maße mit verantwortlich.

Das Eurosystem besitzt eine der unabhängigsten Notenbankverfassungen der Welt und in der institutionellen Absicherung seiner Unabhängigkeit ist es sogar noch gefestigter als es die Deutsche Bundesbank je war. Eine Änderung des Bundesbankgesetzes ist wesentlich leichter vorzunehmen als eine Änderung des ESZB-Statuts, das dem EG-Vertrag als Protokoll angehängt ist.

So klar und sicher die Autonomie des Eurosystems aber auch sein mag, für die Zentralbanken stellt sich immer wieder von neuem die Aufgabe, für die Unabhängigkeit geld- und währungspolitischer Institutionen zu werben und ihren Bestand zu verteidigen. Die Attacken gegen die Unabhängigkeit der

EZB und des Eurosystems, die derzeit im französischen Präsidentschaftswahlkampf aus beiden großen politischen Lagern kommen, sind unverantwortlich und darf nicht einfach als übliches Wahlkampfgetöse abgetan werden. Der stabilitätsorientierten Geldpolitik der EZB die Schuld für nationale wirtschaftliche Fehlentwicklungen zu geben, die im Kern auf Unzulänglichkeiten der eigenen nationalen Wirtschaftspolitik beruhen, halte ich für nicht akzeptabel. Ich bin froh, dass sich führende Mitglieder der deutschen Bundesregierung und der italienischen Regierung mittlerweile eindeutig zur Unabhängigkeit der EZB und der nationalen Notenbanken bekannt haben. Die deutsche Bevölkerung würde sicherlich nicht akzeptieren diese Geschäftsgrundlage der Währungsunion in Frage zu stellen, zumal man hierzulande eindeutig gute Erfahrungen mit der stabilitätsorientierten Geldpolitik der unabhängigen Deutschen Bundesbank gemacht hat.

Unabhängigkeit von anderen Politikbereichen ist freilich noch kein Garant für Preisstabilität per se. Hinzu kommen muss stabilitätsgerechtes Handeln auf anderen Politikfeldern, allen voran der Finanz- und der Lohnpolitik. Die Gefahren, die von einer unsoliden Finanzpolitik insbesondere in einer Währungsunion auf die Geldpolitik ausgehen, wurden vielfach beschrieben. Die Furcht vor einer übermäßigen Verschuldung einzelner Mitgliedstaaten zu Lasten der anderen Mitgliedstaaten und der Stabilität der gemeinsamen Währung hat den wesentlichen Anlass gegeben, fiskalische Regeln zu vereinbaren.



Mit dem Maastrichter Vertrag haben sich die Mitgliedstaaten dazu verpflichtet, übermäßige Haushaltsdefizite zu vermeiden, mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt sich sogar zum Ziel ausgeglichener Haushalte in konjunkturellen Normalsituationen bekannt. Die haushaltspolitische Realität der vergangenen Jahre hat freilich eine andere Sprache gesprochen, was sich in einer Reihe von Defizitverfahren manifestierte und zu politischen Glaubwürdigkeitsverlusten führte. Für das Vertrauen in die gemeinsame Währung ist jedenfalls zu hoffen, dass der derzeit beobachtbare Rückgang in der Neuverschuldung, der vor allem konjunktureller Natur ist, strukturell unterfüttert wird.

Zur Lohnpolitik bleibt zu sagen, dass diese grundsätzlich im Bereich der Autonomie der Tarifpartner liegt. Der EZB-Rat beschränkt sich darauf – falls angebracht – mehr oder minder deutlich an die Sozialpartner zu appellieren, ihrer Verantwortung für die Stabilität gerecht zu werden.

#### **4 Die geldpolitische Strategie des Eurosystems und die aktuelle geldpolitische Situation im Euroraum**

Die dritte entscheidende Voraussetzung für eine stabile Währung ist die Anwendung einer stabilitätsorientierten geldpolitischen Strategie. Grundlage einer jeden Strategie ist die Vorgabe eines konkreten Zieles. Im Falle der geldpolitischen Strategie des Eurosystems ist die Zielvorgabe zunächst einmal durch den EG-Vertrag gegeben. Nach dessen Vorgabe ist es vor-

rangiges Ziel des Europäischen Zentralbanksystems, Preisstabilität zu gewährleisten. Der EZB-Rat hat Preisstabilität definiert als Anstieg des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) für den Euroraum von unter, aber nahe zwei Prozent in der mittleren Frist.

Für die Analyse der Risiken für die Preisstabilität baut der EZB-Rat auf seine bewährte Zwei-Säulen-Strategie. Die beiden Säulen sind zum einen die wirtschaftliche Analyse und zum anderen die monetäre Analyse, die auf einem umfassenden Kranz realwirtschaftlicher und finanzwirtschaftlicher Daten beruhen.

Die wirtschaftliche Analyse ist fokussiert auf aktuelle konjunkturelle und finanzielle Entwicklungen und die damit verbundenen Risiken für die Preisstabilität in der kurzen bis mittleren Frist. Im Rahmen der wirtschaftlichen Analyse erstellen Experten des Eurosystems alle drei Monate gesamtwirtschaftliche Projektionen, die für die wichtigsten Daten des Euroraums auch veröffentlicht werden. Es handelt sich dabei nicht um eine Inflations- und Wachstumsprognose des EZB-Rates, die Projektionen sind jedoch eine wertvolle Hilfe bei der Beurteilung der Preisrisiken und der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Die jüngsten makroökonomischen Projektionen wurden am 7. Dezember von der EZB veröffentlicht, also am Tag der letzten Sitzung des EZB-Rates, auf der der Leitzinssatz um weitere 25 Basispunkte auf nunmehr 3,50% angehoben wurde.

Bezüglich der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zeichnen die Projektionen ein weiterhin positives Bild für den Euroraum. Ausgangsbasis ist am aktuel-

len Rand ein Wachstum, das sich weiter verfestigt hat. Zwar ist das reale Bruttoinlandsprodukt im dritten Quartal mit 0,5% (gegenüber dem Vorquartal) nicht mehr ganz so kräftig angestiegen wie in den beiden ersten Quartalen. Für das Gesamtjahr wird aber mit einem Wachstum zwischen 2,5% und 2,9% zu rechnen sein, was oberhalb des Potenzialwachstums liegt. Den Projektionen zufolge wird das Wachstum des Euroraums im Jahr 2007 zwischen 1,7% und 2,7% liegen und 2008 zwischen 1,8% und 2,8%.

Bezüglich der Preisentwicklung hat sich in der allerjüngsten Vergangenheit zwar eine kurzfristig leichte Entspannung gezeigt, es bestehen aber nach wie vor deutliche aufwärtsgerichtete Risiken für die Preisstabilität. Vor allem die seit Sommer gefallen Ölpreise bewirkten in Verbindung mit günstigen Basiseffekten, dass die Verbraucherpreise im Euroraum in den vergangenen drei Monaten im jeweiligen Vorjahresvergleich um weniger als 2% stiegen, jedoch schon im neuen Jahr dürfte die Teuerung wieder deutlich anziehen. Für das gesamte Kalenderjahr 2006 ist mit einem Anstieg des HVPI zwischen 2,1% und 2,3% zu rechnen. Was die Preisentwicklung der beiden kommenden Jahre betrifft, sehen die Expertenprojektionen den HVPI im Jahr 2007 um 1,5% bis 2,5% und im Jahr 2008 um 1,3% bis 2,5% über dem jeweiligen Vorjahresniveau.

Solche Prognosen sind jedoch mit Unsicherheit behaftet, die durch die Standardabweichung vergangener Prognosefehler gekennzeichnet werden kann. Aus diesem Grund sind die Prognosen in Form von Bandbreiten formuliert, die durch die Standardabweichung bestimmt werden. Die aktuelle Inflationsprognose für das Jahr 2007 ist daher wie folgt zu interpretieren:

Die Teuerungsrate im Jahr 2007 fällt lediglich mit einer Wahrscheinlichkeit von 50% in den Bereich der Stabilitätsnorm von unter 2%. Dazu wäre einiges zu sagen:

Erstens: Das Stabilitätsziel lediglich mit einer Wahrscheinlichkeit von 50% zu erreichen, halte ich für ein zu geringes Anspruchsniveau eines stabilitätsorientierten Geldpolitikers.

Zweitens: Im Annahmenset der Projektionen basieren die kurzfristigen Zinsen auf Markterwartungen, die am Dreimonats-EURIBOR, also einem Terminzinssatz für Dreimonatsgeld zu verschiedenen Zeitpunkten, gemessen werden. Die in der vergangenen Woche von einer in Hamburg erscheinenden Tageszeitung verbreitete Behauptung, die Projektionen kalkulierten mit konstanten Leitzinsen, ist daher falsch. Vielmehr sind steigende Zinsen unterstellt. Und unter dieser Bedingung sinkt die Inflationsrate im Jahr 2007 unter 2% mit einer Wahrscheinlichkeit von 50%.

Drittens: In der Einschätzung des EZB-Rates bleiben die Risiken für die Preisentwicklung weiterhin aufwärtsgerichtet. Diese beinhalten insbesondere ein stärker als derzeit erwartetes Durchschlagen früherer Ölpreissteigerungen auf die Verbraucherpreise, eventuell erneut steigende Ölpreise und zusätzliche Erhöhungen der administrierten Preise und indirekten Steuern, die über die bisher angekündigten Anhebungen hinausgehen. Dies legt nahe, dass wir angesichts der robusten Konjunktur und der sonstigen realwirtschaftlichen Faktoren handlungsbereit bleiben müssen.

Die zweite Säule der geldpolitischen Strategie des Eurosystems ist die monetäre Analyse. Sie gründet auf dem Zusammenhang, dass Inflation letztlich immer ein monetäres Phänomen ist, wie es der vor wenigen Wochen verstorbene Milton Friedman auf den Punkt brachte. Da der Zusammenhang zwischen Geldmengenaggregaten und Inflation eher längerfristiger Natur ist, nimmt die monetäre Analyse in der geldpolitischen Strategie auch die mittel- bis langfristige Perspektive ein.

Der Zusammenhang zwischen Geldmenge und Inflation ist im Euroraum empirisch bestens belegt und die genaue Analyse monetärer Daten verfügt auch über eine eigenständige prognostische Qualität. Die monetäre Analyse kann gerade dann, wenn die mit der ökonomischen Analyse verbundene Unsicherheit deutlich zunimmt – also in der mittleren bis langen Frist – wertvolle Ergänzungen für die Einschätzung der Preisrisiken liefern.

Die aktuelle monetäre Entwicklung zeigt ein weiterhin kräftiges Geldmengenwachstum im Euroraum. Die Geldmenge M3 ist im Oktober 2006 um 8,5% gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Zudem stellen wir bei der Analyse der Hauptgegenposten von M3 eine Kreditvergabe an den privaten Sektor in Rekordhöhe fest, womit diese Haupttriebfeder des monetären Wachstums ist. Die Jahreswachstumsrate der Buchkredite an den privaten Sektor liegt seit einigen Monaten über 11%.

Hauptursache des kräftigen Geldmengen- und Kreditwachstums dürfte das weiterhin niedrige Zinsniveau im Euroraum sein. Das dynamische Geldmengenwachstum und die bereits reichliche Liquiditätsausstattung deuten

gerade vor dem Hintergrund der günstigen makroökonomischen Entwicklung Aufwärtsrisiken für die Preisstabilität in der mittleren bis langen Frist an, die bei der geldpolitischen Entscheidungsfindung berücksichtigt werden müssen.

Die Gegenprüfung der Ergebnisse der wirtschaftlichen Analyse mit denen der monetären Analyse unterstützt jedenfalls die Einschätzung des EZB-Rates, dass die Aufwärtsrisiken für die Preisstabilität auf kurze, mittlere und längere Sicht überwiegen. Es bleibt daher unverändert von entscheidender Bedeutung, dass die Inflationserwartungen fest auf einem Niveau verankert bleiben, das mit Preisstabilität vereinbar ist. Nur eine solche Verankerung ermöglicht es dem EZB-Rat, auch weiterhin einen Beitrag zu nachhaltigem Wirtschaftswachstum zu leisten.

Auch nach der Zinserhöhung vom vergangenen Donnerstag ist die Geldpolitik im Euroraum weiterhin als akkommodierend einzustufen, die Zinsen sind immer noch auf einem niedrigen Niveau. Der EZB-Rat wird alle Entwicklungen sehr genau beobachten und entschlossen und rechtzeitig handeln, um Preisstabilität auf mittlere und längere Sicht zu gewährleisten.

## **5 Blick auf Deutschland**

Lassen Sie mich zum Abschluss einen Blick auf die wirtschaftliche Lage in Deutschland werfen: In diesem Jahr hat sich die deutsche Wirtschaft sehr positiv entwickelt. Auch im 3. Quartal 2006 setzte sich die konjunkturelle

Aufwärtsentwicklung in zügigem Tempo fort. So legte das Bruttoinlandsprodukt real um 0,6% zu, nach 0,8% und 1,1% in den ersten beiden Quartalen. Die Jahreswachstumsrate dürfte bei etwa 2¾% und damit deutlich über der Potenzialrate liegen. Damit gibt Deutschland auch dem Euro-Raum beachtliche Impulse.

Maßgebliche Wachstumsbeiträge im dritten Quartal lieferten sowohl die Außenwirtschaft als auch die inländische Endnachfrage. Bei den weiter aufwärtsgerichteten Ausrüstungsinvestitionen gewinnt mit zunehmender Kapazitätsauslastung das Erweiterungsmotiv an Bedeutung. Auch die Bauinvestitionen sind nach kräftigem Plus weiter gestiegen. Indes fehlt bisher noch eine durchgreifende Belebung des Konsums, aber auch hier kam es zuletzt zur Besserung. Die Entwicklung im klassischen Einzelhandel ist weiterhin schwach.

Auch der Arbeitsmarkt wurde im Verlauf des Jahres von der konjunkturellen Belebung erfasst, die Zahl der Erwerbstätigen lag im Oktober mit 39,2 Millionen Personen um 0,9% höher als im Vorjahr. Einen ähnlich kräftigen Anstieg gab es zuletzt 2001.

Für 2007 erwarte ich eine Abschwächung des Aufschwungs, aber keinen Abbruch. Die konjunkturelle Grundtendenz der deutschen Wirtschaft dürfte weiterhin intakt bleiben, auch wenn die Mehrwertsteueranhebung zum 1. Januar eine deutlich Konjunktur dämpfende Wirkung haben wird.

Die öffentlichen Finanzen haben sich im Jahresverlauf wesentlich günstiger entwickelt, als in den Planungen für 2006 unterstellt worden war. Dies hat im Wesentlichen zwei Ursachen: Zunächst ist die konjunkturelle Erholung stärker ausgefallen als erwartet. Darüber hinaus kam es bei den sehr volatilen gewinnabhängigen Steuern zu einem kräftigen Aufkommenszuwachs. Damit wird das gesamtstaatliche Defizit die 3 %-Grenze in diesem Jahr erstmals seit 2002 wieder unterschreiten. Die Bundesbank schätzt die Defizitquote im laufenden Jahr auf rund 2% des BIP.

Für das nächste Jahr ist wegen des Fiskalpakets der Bundesregierung, insbesondere durch einnahmenseitige Maßnahmen, sowie grundsätzlich angelegter moderater Ausgabensteigerungen in den Bereichen Personal, Alterssicherung und Arbeitsmarkt mit einem weiteren Rückgang des Staatsdefizits zu rechnen. Dies darf jedoch nicht beruhigen, denn es besteht weiterhin erheblicher Konsolidierungsbedarf.

Ein Defizit unter 3% ist nur ein Etappenziel und viel des Erreichten ist konjunkturell getrieben. Mittelfristig ist ein strukturell ausgeglichener Haushalt anzustreben. Dazu sollte in konjunkturell guten Zeiten verstärkt konsolidiert werden. Ich begrüße es, dass die Bundesregierung die Mehreinnahmen vorrangig zur Rückführung der Neuverschuldung einsetzen will, zu befürchten ist gleichzeitig, dass zahlreichen „neuen Begehrlichkeiten“ leichtfertig nachgegeben werden könnte. An vermeintlich guten Ideen mangelt es ja nicht in Berlin.



Bei aller Freude über die guten Entwicklungen in diesem Jahr, möchte ich etwaiger Euphorie deutlich entgegenreten: Die derzeit gute wirtschaftliche Entwicklung und die konjunkturbedingten Mehreinnahmen dürfen nicht als Hinweis auf langfristig verbesserte Wachstumsperspektiven interpretiert werden. Um das weiterhin niedrige Potenzialwachstum in Deutschland zu verbessern und die weiterhin hohe Arbeitslosigkeit nachhaltig zu reduzieren, müssen die Strukturreformen fortgesetzt werden. Was wir heute nicht erreichen, wird uns in Zukunft als verpasste Chancen verfolgen.

\* \* \*